

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Verlagsanstalt: Commission des Dresdner Journals...

Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Marienstrasse Nr. 7.

Abonnementpreise: Jahrl. 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen...

Amtlicher Theil.

Dresden, 30. Januar. Sr. Königl. Majestät haben zu genehmigen geruht...

Nichtamtlicher Theil.

Hebericht.

Telegraphische Nachrichten. Zeitungschau. (Die „Preussische Zeitung“ und die Bundeskriegsberichte.) Tagesgeschichte.

Ernennungen, Verleihungen etc. im öffentl. Dienst. Dresden Nachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, Freitag, 3. Februar, Nachmittags. Nach vier eingetroffenen Nachrichten aus Rom vom 28. v. M.

Paris, Freitag, 3. Februar. (Zit. der Ind.) Der „Constitutionnel“ veröffentlicht in seiner Morgenausgabe einen im Jahre 1810 geschriebenen Pastoralbrief des Bisthums Neussan...

Paris, Sonnabend, 4. Februar. Der heutige „Moniteur“ enthält einen Bericht des Kriegsministers, Marschalls Randon...

Feuilleton.

Dresden. Es ist an dieser Stelle schon öfters der erfreulichen Thätigkeit gedacht worden, welche die christlichen Kunstvereine im Bereich der evangelischen Kirche hier und da entfalten.

Turin, Freitag, 3. Februar. Piemontese Offiziere begeben sich nach Bologna, um die Artillerie, Cavalerie und das Genie der mittelitalienischen Armee zu organisieren.

In Venedig sollen die Verhaftungen fortbauern.

London, Mittwoch, 1. Februar, Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord John Russell, die Regierung habe keine Absicht...

London, Sonnabend, 4. Februar. Die heutige „Morning Post“ schreibt: England und Frankreich seien dahin übereingekommen, keine Intervention in Italien zuzulassen...

Dresden, 4. Februar.

Die „Preussische Zeitung“ ist zufolge ihrer ausdrücklichen Erklärung seit dem 1. Januar d. J. kein offizielles Blatt mehr...

Die „Preussische Zeitung“ versucht zunächst, den Widerstand anderer Staaten gegen die preussischen Vorschläge durch einen Hinweis auf historische Vorgänge zu entkräften.

lich cultivirte allgemeine Anekdote ihnen bei politischen Betrachtungen immer gestattet, sich herauszuwinden. Also „seit mehr als hundert Jahren“...

Der erste Krieg, welchen später das deutsche Reich gegen das Ausland führte, war gegen die französische Republik. Die „Preussische Zeitung“ glaubt selbst auf denselben hinweisen zu müssen...

Es ist nur gut, daß sich die Segner der in Deutschland bestehenden Rechtszustände zuweilen auf das Gebiet der Geschichte verziehen. Und nicht es mit noch so wenig Worten, hier sind sie sterblich...

der französischen Heere Tervain gebienen. Ende 1794 war das ganze linke Rheinufer, mit einziger Ausnahme von Mainz, verloren...

Dieser Kriegserinnerungen der 90er Jahre dürften also auch wohl nicht für die Richtigkeit eines militärischen Dualismus in Deutschland sprechen.

Der Rheinbund der süddeutschen Staaten mußte entstehen. Preußen versuchte in Norddeutschland einen ähnlichen Bund für sich zu bilden, erfuhr aber bald, daß Frankreich damit nicht einverstanden war.

Theater.

In Berlin wurde die Preisstrafodie von Paul Heyse: „Die Sabinerinnen“ gegeben.

Es hat sich gegenwärtig in Berlin aus den hervorragendsten Persönlichkeiten der Wissenschaft u. Kunst, der Finanzwelt, des Handels, der Gewerbe...

In Sir William Ross, der am 28. Januar zu Grabe getragen wurde, hat England seinen berühmtesten Miniatur-Porträtmaler verloren.

Musik. Ueber das von R. Wagner in Paris am 25. Januar gegebene Concert schreibt man der „Dtsch. Deutschen Post“: „Herr Wagner, der über 12,000 Frs. Unkosten hatte, stellte sich dem hiesigen Publicum ohne alle Reclame vor.“

Einzelne, kriegerischen Plänen und das Kaiserliche jedes partikulären Cabinetinteresses. Als der Krieg wieder begann, stand Böhmen mit 90,000 Mann Russen und Preußen in Schellen, im Norden der Kronprinz von Schweden mit 150,000 Mann Preußen, Russen, Schweden und Engländern; die Hauptarmee der Verbündeten aber, 240,000 Mann Oesterreicher, Preußen und Russen fast, stand unter dem Commando des Fürsten Schwarzenberg in Böhmen. Die sächsische Armee erlitt mehrere glänzende Siege und vereinte sich mit der Nord-Armee, worauf alsbald der Kronprinz von Schweden den Oberbefehl über beide erhielt. Als diese die Gise überbrannten, während die böhmische Hauptarmee gegen Dresden operierte, wurden die Franzosen nach Leipzig gedrängt. Hier, unter Schwarzenberg's Oberbefehl, wurde die franz. Macht vernichtet. Schwarzenberg führte die Verbündeten nach Paris. Blücher spielte allerdings dabei die historische Rolle des Marschalls „Bouvaris“. Als ihm die Hauptarmee zu bedenklich verzögert schien, führte er seine Truppen an der Marne vor, erlitt dort aber eine totale Niederlage und mußte sich durch die ihn umzingelnden Heinde mit großem Verluste durchschlagen. Das zweite Mal war er mit seinem Vormärtsstreifen glücklicher. Die Hauptarmee nahm wegen eingeleiteter Verhandlungen mit Napoleon sowohl, als aus Rücksicht militärischer Bedächtigkeit eine abwartende Stellung ein. Hierbei war es namentlich der Kaiser Alexander, ein persönlicher Freund Napoleon's, der vom Vorgehen abmahnte und den Fortschritt des Heeres unter die Rücksichtnahme auf diplomatische Verhandlungen stellen wollte. Schwarzenberg wollte dagegen nur Rücksicht militärischer Vorsicht, welche einem Heinde wie Napoleon gegenüber wohl geboten waren, gelten lassen. Blücher, der den Befehl erhalten hatte, gleichfalls eine abwartende Stellung einzunehmen, bis die russischen Bedenten aufgegeben waren, folgte aber nicht und ging zum zweiten Male an der Marne vor. Um ihn nicht in Stich zu lassen, und weil inzwischen die russische Jägerung durch Schwarzenberg besichtigt war, fand sein Vorgehen Genehmigung und er wurde von der Hauptarmee unterstützt. Die von ihm dann bei Laon gewonnene Schlacht beschleunigte den Fall von Paris. Deutschland hat alle Ursache dem Helden-Marschall für diesen Sieg ewige Dankesworte zu senden, aber dergleichen vereinzelt militärische Thaten können auch schlecht ablaufen und jedenfalls verdient die Lageveränderung eines Corps-Commandanten nicht als Vorbild für eine Kriegsverfassung aufgestellt zu werden. Nach der Rückkehr Napoleons von Giva erhielt Schwarzenberg wieder den Oberbefehl der Allirten am Oberrhein. Die Preußen unter Blücher entschieden die von den Engländern mit feiner Beharrlichkeit geführte Schlacht bei Waterloo und erwarben sich durch diesen neuen Sieg die ewige Dankbarkeit Deutschlands. Schwarzenberg führte nach dieser Schlacht die Allirten wieder nach Paris.

Was ist das militärische Gegeben dieser ganzen Kriegperiode. Erstens, das getrennte Commando in Deutschland zu Niederlagen führte und dann bald zum Verlassen der gemeinsamen Sache seitens einer Großmacht, deren Interesse vom Heinde möglichst bestraft wurde. Zweitens, daß keine deutsche Macht allein Deutschland befreien konnte. Drittens, daß der Sieg nur durch eine innige militärische Vereinigung der Allirten, durch ein General-Commando erreicht wurde. Wir lernen aber daraus noch etwas. Wenn nämlich die „Preussische Zeitung“ spöttisch andeutet: „Sollte man im Schooße irgend einer Regierung der Mittelstaaten die Hoffnung Raum geben, das Bundes-Commando über die österreichischen und preussischen Heere erhalten zu können?“ — so leitet uns die Geschichte, daß Preußen seine Truppen österreichischen, russischen und sächsischen Commandos mit Glück unterstellte, ja, daß der Fürst eines deutschen Kleinstaates wiederholt als Generalissimo der preussischen Armee fungierte.

Ob man in einem Mittelstaate jetzt gerade „hofft“, daß an einen seiner Fürsten und Generale ein Mal das Commando der deutschen Bundesarmee kommen könnte, wird man nicht sagen können. Nicht der Staat erhält das Commando, sondern die Person, der Gewählte — und darin liegt eben einer der größten Unterschiede dessen, was die Bundeskriegsverfassung will, von dem, was man jetzt in Preußen erblickt, daß nämlich jene von dem Principe ausgeht, es müsse dem Befähigtesten, gleichviel aus welchem deutschen Lande er stammt, ob er Fürst sei oder nicht, das Commando übertragen werden, während man in Preußen das Commando als eine Staats-Prerogative in Anspruch nehmen will. Die Bundeskriegsverfassung wollte durch diese ihre Bestimmung von der Ernennung des Oberbefehlshabers dem entgegenwirken, daß die Kriegführung Deutschlands im Sinne eines besondern Cabinets, im partikulären Interesse eines Staates geschehen könne. Und durch die Bestimmung, daß das Bundes-Kriegsheer als ein Heer unter einem Obercommando zu betrachten sei, wollte sie nicht nur der Möglichkeit der Trennung Einzelner vom Gesamt-Interesse nach Kräften vorbeugen, sondern auch ein militärisches Princip feststellen, dessen ungeheure Wichtigkeit man in der napoleonischen Kriegführung klar erkannt hatte. Die grundsätzliche Einwirkung zweier Ober-Commandos würde die politische Trennung Deutschlands in jedem Kriege, die Möglichkeit, daß ein Theil, um seine vorherrschenden Interessen zu befriedigen, auf Kosten des andern Theils den Krieg führt oder Frieden schließt, ungemein erleichtern, ja so zu sagen vorzeichnen. Sedans aber liegt darin, daß die Herrschaft der einen Hälfte Deutschlands für den Staat Preußen einfach als ein Privilegium in Anspruch genommen wird, eine Zurücksetzung anderer deutscher Stämme, welche überall lebhaft gefühlt werden muß.

Die „Preussische Zeitung“ möchte auf die Mittelstaaten gern vor dem deutschen Volke das Oidium werfen, als wenn es ihre unangemessenen Ansprüche wären, welche Deutschland wehrlos machten. Sie sagt deshalb: „Infolge des Widerspruchs derselben gegen die preussischen Vorschläge würde nun der bisherige Zustand fortbauern müssen, der, wie Jedermann wissen, den Bund zur Führung eines großen Krieges so gut wie unfähig machte oder diese Führung wenigstens im höchsten Maße gefährdete.“ Warum sollten aber die Principien der Bundeskriegsverfassung unbrauchbar sein? Womit ist dies bewiesen? Die Grundzüge der Bundeskriegsverfassung, welche 1815—1821 ausgearbeitet sind, wurden auf die noch früheren Erfahrungen der letzten großen Kriege gegründet, und die Allirten, welche daran mitarbeiteten, hatten förmlich große Kriegserfahrungen zur Seite. Gerade die Bundeskriegsverfassung ist die auf die neueste Zeit als das beste Stück der Bundesfähigkeit betrachtet werden. Welche Erfahrungen sind gemacht, um diese Meinung zu ändern? Deutschland hat noch nicht ein einziges Mal Gelegenheit gehabt, die Güte jener Ver-

fassung praktisch zu versuchen. Preußen hat so gut wie gar keine Kriegserfahrungen seit 1815 gemacht, während Oesterreich, welches auch heute noch das Princip eines einheitlichen gewählten Commandos für die Völkervertheilung, wiederholt große Kriege bestritten.

Man fährt auf preussischer Seite die Erfahrung von 1830 an. Worin bestand dieselbe? Damals drohte ein europäischer Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der andern Seite. Dieser Nothlage gegenüber, welche durch den Blick auf Polen und Italien sich noch verschlimmert zeigte, mußte Deutschland in eine sehr umfassende Kriegsbereitschaft treten. Preußen stellte deshalb 3 Armee-Corps am Rhein, 3 in Posen auf, Oesterreich 40,000 Mann in Galizien, 70,000 Mann in Italien. Bei der Entfernung dieser verschiedenen Aufstellungen von einander vor verschiedenen Feinden war die Uebergabe des Commandos an einen Befehlshaber unmöglich. Da Preußen selbst zunächst am Rhein bedroht war, erhielt es dort das Commando. Aber wenn es sich darum gehandelt haben würde, die ganze deutsche Heerkräft gegen einen Feind zu richten, so würde die Einheit des Commandos sicher hergestellt werden sein.

Denn das will gerade die Bundeskriegsverfassung, gepügt auf traurige Erfahrungen von dem üblen Erfolge eines getrennten Commandos gegen denselben Feind erreichen, daß die deutsche Wehrkraft nach einer feindlichen Seite mit vereinigt, von jeder partikulären Einwirkung unabhängigen Thatkraft geworben werden kann. Die deutschen Bundesheere sollen nur nach militärischer Rücksicht geführt und einer einheitlichen Cabinet's- und Interressenpolitik kein unheilvoller Einfluß darauf gestattet werden. Wenn gleiche Verhältnisse wie 1830 wieder gegeben sind, wird sich in Deutschland kein Widerstand zeigen, dieselben Anordnungen zu treffen. Man hat dies erst im vorigen Jahre wieder erproben, wo man überall gern bereit war, dem Prinz-Regenten das Commando am Rhein zu übertragen, während Oesterreich in Italien den Krieg führte; und dies letztere Beispiel kann auch die Grundrichtigkeit der Behauptung, daß Preußen, weil keine der deutschen Großmächte der andern ihre Truppen unterstellen würde, das einheitliche Bundescommando unmöglich sei, beseitigen, wenn Oesterreich bei sein volles Bundescontingent dem Prinz-Regenten zur Führung mit ein Social bekennt ist, daß Preußen seine Schwerezeiten gefunden, so wird das Bundescommando zu erhalten, und nach den damaligen Zeitungsstimmen zu urtheilen, bestand die Frage nicht eben darin, daß Preußen nicht zurücktreten sollte.

Gemüth hat die Erfahrung gezeigt, daß die deutschen Regierungen sich gern den Forderungen der Verhältnisse anbequemen und die Bundeskriegsverfassung in solchen Bestimmungen, welche nach Lage der Sache annehmbar sind, zu suspendiren bereit sind. Dagegen würde eine grundsätzliche feste Theilung der deutschen Commandos die praktische Gefahr bei jedem Kriege, der nach einer Seite hin geführt würde, entstehen lassen, daß zwei Bundesarmeen sich auf demselben Terrain ohne Uebereinstimmung bewegten, was die sichere Gewißheit für deutsche Niederlagen sein würde. Es kann ein, es kann zwei, auch drei und mehr Kriegstheater geben, auf denen Deutschland theilhaftig ist. Die Geschichte hat zu allen diesen Fällen Belege gegeben. Sollte man wegen der Möglichkeit von vier Kriegstheatern nun das Commando grundsätzlich vertheilen? In Erwägung aller Möglichkeiten bleibt es gewiß besser, die Einheit grundsätzlich aufrecht zu erhalten und nach den Verhältnissen dann Commando-Vertheilungen nach zwei oder mehr Seiten zu treffen.

Nach Alledem ist es klar, daß ein Beharrlich zur grundsätzlichen Herstellung eines doppelten Commandos in den Erfahrungen nicht geboten ist, ja, mehrere Bedenken aber gegen ein solches durch die Geschichte erhoben werden. Lasse sich nur Niemand durch Aeußerungen gleich denen der „Preussischen Zeitung“ und gefinnungsverwandter Mütter zu der Meinung verleiten, daß an den Souveränitätsansprüchen der Mittelstaaten eine bessere Vertheilung Deutschlands scheitert. Es sind nicht solche Rücksichten, nicht Unlust, sich zu unterwerfen, was die preussischen Ansprüche unannehmlich erscheinen läßt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß man sich dem Ganzen weigern und fern sagt, und wie wiederholen, was wir schon vor längerer Zeit einmal ähnlichen Umständen in der Presse gegen die „Souveränitätsansprüche“ der Mittelstaaten erwiderten, nämlich daß, wenn es möglich wäre, wenn es nöthigenfalls Bedenke verleihe, ein deutsches Kaiserthum wieder aufzurichten, die Mittelstaaten sich sicher gern mit ihrer alten kaiserlichen Rangstellung begnügen würden. Die Unmöglichkeit solcher Wiederherstellung alter Verhältnisse liegt nach einer andern Richtung hin. Preußen hat sich auf dem Wiener Congresse darüber klar genug ausgesprochen. Was die Mittelstaaten gegen die preussischen Vorschläge einnehmen muß, ist also nicht partikuläres Interesse, sondern die Rücksicht auf ganz Deutschland, das durch so viele geschichtliche Erfahrungen geklärt beweisen, daß es an ihnen ist, von Deutschland die unglücklichen Erfahrungen entgegengeleiteter Interessen der beiden Großmächte möglichst abzuwenden, Deutschland seine Selbstbestimmung und mit ihr seine Eintracht zu sichern.

Die Verwirklichung des deutschen Kriegszweckes kann deshalb heute nicht im Verlassen des Princips der Einheit und Gleichberechtigung liegen, sondern muß in der Richtung tüchtiger taktischer Einübung und Aufeinanderwirkung der deutschen Truppen gesucht werden. Namentlich wäre es für die gemischten Corps eine gute Aufgabe, wenn sie durch innigerer Aneinandergerathen und bessere Gruppierung zu einer einheitlichen Form gelangten.

Die sich schon durch ihre geschäftige Form von selbst richtenden Anlagen der „Preussischen Zeitung“: „daß nur das Aushalten auf Annahme am Bunde habe, wobei Jeder befehlen könne, Niemand zu gehorchen brauche“, kann man seitens der Mittelstaaten ziemlich leicht in dem Bewußtsein hinhängen, daß ihnen kein Fall nachgewiesen werden kann, in welchem sie „Bretel“ gegen rechtswidrige Bundesanordnungen erheben könnten. Ob bei ihnen deutscher Sinn wohnt und Hingebung an das gemeinsame deutsche Interesse vorhanden ist: darüber kann man ruhig das Urtheil der ganzen deutschen Nation herausfordern. Die von der „Preussischen Zeitung“ in entstellender Weise citirten Aeußerungen der „Neuen Hannoverischen Zeitung“ und der „Allgemeinen Zeitung“

* Die diese „Genl. Jg.“ hat auch vollkommen Recht, wenn für ein kühneres Corpsvertheilung der „Genl. Nachrichten“, wenn Jemand das deutsche Gebiet in Einklang mit Siedeln eine Note erlassen habe, welche den Fall einer Vertheilung des Bundeskriegszweckes in der ursprünglichen Fassung nicht der Bundeskriegsverfassungserkenntnis im Auge gefaßt hat und in diesem Fall für einen neuen Reichthum ausgeprochen hätte — dasjenige mit Verleumdung bezeichne.

von der Möglichkeit, daß das Ausland wiederum nach Deutschland hinein günstigen Boden für Annehmungen finden konnte, hatten zum Vordringen die Möglichkeit genommen, daß Preußen gewaltsam die übrigen Staaten unterdrückte. Die eine Centralität ist aber noch so unendlich, als die andere, und die „Preussische Zeitung“ wird damit, daß sie die Schlussfolgerung zum Vordringen macht, doch gewiß nicht die Möglichkeit des Vordringens zugeben wollen!

Schließlich glaubt die „Preussische Zeitung“ die „Hoffnung“ ausprechen zu müssen, daß mit der steigenden Gefahr die Einsicht der deutschen Regierungen sich schärfen, ihr Pflichtgefühl erwachen werde.“ Gefahr kann für alle deutschen Staaten kommen, auch für Preußen. „Hoffen“ wird sie aber kein deutscher Vaterlandskund. Ob sie wenig vertrauenswürdig, wenig deutsch, von der Gefahr anderer deutschen Bundesgenossen etwas zu hoffen. Die Mittelstaaten werden ihr deutsches Pflichtgefühl, das ihnen vor Allen und Herz legt, Deutschland als einem Verein treuer Bundesgenossen ohne Sonder-Speculationen verliert zu halten, sich bei und ohne Gefahr zu erhalten wissen. Sie fühlen die Verantwortung, welche auf sie im Bunde der beiden deutschen Großmächte mit dem übrigen Deutschland gelegt ist, sehr drücklich, und die Gefahr wird sich mit diesen Gefühle der Treue zur gemeinsamen deutschen Sache gerührt treffen. Wie sich die „Preussische Zeitung“ bei den „steigenden Gefahren“ verhält, bleibt abzuwarten. Vielleicht wird sie noch erkennen, daß die Bundeskriegsverfassung mit den Grundzügen, auf welchen sie jetzt erbaut ist, nicht nur den Mittelstaaten dient, sondern auch Preußens Machtstellung eine sehr willkommene Stütze darbietet. Die Proben, welche sie bis jetzt von ihrem deutschen bündelgenossenschaftlichen Bewußtsein und ihrer politischen und historischen Einsicht gezeigt hat, sind als Friedensbeweisen wohl nicht sehr hoch anzuschlagen und sie können den Standen daran in Deutschland nicht erschütternd, das in Zeiten der gemeinsamen Gefahr Preußen seiner Bundespflicht entsprechend handeln werde.

Die „Patrie“ vom 2. Febr. enthält wieder einen längeren, mit „Nachrichten aus Savoyen“ überschriebenen Artikel, worin auf die „Unité“, die sich die Antiseparatisten erlauben und die „segar die Behörden zu unterstützen wagen“, aufmerksam gemacht wird. Die Randgebungen vom 20. Januar sollte, die „Patrie“ zufolge, auf mehreren andern Punkten Savoyens stattfinden. Die „Patrie“ spricht sich dahin aus, die piemontesischen Behörden begünstigten die anti-separatistische Bewegung in Savoyen und unterdrückten die einstuimmigen Wünsche der Bevölkerung. Savoyen hoffe, daß die Turiner Regierung Befehl gebe, die dem Ausbruche der Willensmeinung des Volkes entgegengestellten Hemmnisse zu beseitigen. (Vergl. unter Turin.)

Tagesgeschichte.

Wien, 2. Februar. (W.) Feldmarschall Freil. v. Hess hat heute die Leitung des Generalquartiermeisterstabes an den von Sr. Majestät ihm ernannten Nachfolger, Feldzeugmeister Ritter v. Benedek, übergeben.

Die von der ungarischen Deputation hier zurückgelassenen zwei Mitglieder Baron Lay und Baron Pronay haben, wie bereits gemeldet, gestern Jeder eine besondere Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser gehabt. Die Audienz soll, wie berichtet wird, eine volle Stunde gedauert, und der Kaiser unter Anderem, nach Angabe der „Morgen-Post“, verhandelt haben, „wie sehr ihm das Wohl der evangelischen Landeskirche Ungarns und dieses Landes überhaupt am Herzen liege; wie er Nichts schiedlicher wünsche, als die Regelung dieser Kirchenangelegenheit und die Beilegung aller Schwierigkeiten baldigst zu Stande gebracht zu sehen.“ Gestern Abend sind beide Deputirte nach Pest zurückgereist und wollen dort heute eine Versammlung von hervortretenden ungarischen Protestanten abhalten, um Bericht zu erstatten und einen „Sermittlungsversuch“ zur baldigen Einberufung der Synode ausfindig zu machen, da sie einen solchen für möglich halten. — Die Redaction des „Wanderer“ hat von der k. l. Polizeidirection eine erste Verwarnung erhalten, weil derselbe „widerrechtlich Mittheilungen veröffentlicht, welche die Richtung erkennen lassen, oppositionelle Behauptungen gegen die Regierung zu ermuntern und zu fördern, Unzufriedenheit und Beunruhigung zu erregen und schließlich Neigungen zwischen verschiedenen Nationalitäten des Reiches herbeizuführen“, eine Haltung, welche „mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht vereinbar ist“.

Die „Ost. Jg.“ schreibt: Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß die k. l. Marine und das erste Armeecorps auf Kriegszug gestellt würden. Wir haben Erklärungen eingegeben und sind in der Lage, auf das beste Darle zu versichern, daß dieses Gerücht auf keinem Grunde beruht.

St. Berlin, 3. Februar. Die vielfachen Angaben und Gerüchte, welche über das Project der neuen Heeresorganisation verbreitet sind, werden in den nächsten Tagen endlich schließlichen Thatfachen weichen. Die betreffende Vorlage wird wohl schon am Montag in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden. Inzwischen ist man in den Abgeordnetencirculis mit dem Inhalt des Entwurfs bereits vertraut genug, um danach einen Standpunkt einnehmen zu können. So ganz leicht, wie man es sich vorgestellt hat, wird die Zustimmung der Abgeordneten nicht erfolgen. Die Abneigung gegen die volle dreijährige Dienstzeit auf welche der Regent und mit ihm eine große Anzahl militärischer Anwärter großes Gewicht legt, einseitig und die, namentlich unter Mitgliedern der fraction v. Binde verbreitete Ansicht, wonach die Vorlage der Einführung bürocratischer Grundzüge in zu ausgedehnter Maße baldige, verschaffen der Vorlage manche Gegner, und es darf sehr lebhaften Debatten entgegen gesehen werden. Trotz Alledem darf die Annahme des Gesetzes als gesichert angesehen werden. — Inzwischen ist man im Kriegsministerium eifrig mit Abwicklung der auf die Organisation bezüglichen Arbeiten beschäftigt, welche ihrer Beendigung nahe sind. Unter Anderem sind alle Maßregeln getroffen, daß nach Genehmigung der Vorlage durch den Landtag sofort 16 neue Regimenter gebildet werden können; überhaupt macht man alle Anstrengungen, um nach den erwünschten Verhandlungen des Landtags das Ganze bis etwa zum Juli auszuführen.

Dem „Sta. J.“ zufolge ist vor einigen Tagen ein Actriß der Teal Schreyer an die Regierung zu Königberg gelangt, in welchem derselben eröffnet wird, daß die bisher zulässige disciplinäre Prügelstrafe

der Polizeigefangenen so wie die Aufrechterhaltung des Zwangsstrahles beim weiblichen Geschlechte fortan in Wegfall kommen sollen. — Auf ein Gesuch des Candidaten der Philosophie, Gualthier, Sohn des Predigers der idrischischen Gemeinde und Privatdocenten an der Universität in Königsberg, Prof. Dr. Gualthier, hat, wie die „Ostpr. Zeitung“ meldet, der Unterrichtsminister sich veranlaßt gefunden, die philosophische Facultät der dortigen Universität zu ermächtigen, auch Juden zu Doctoren der Philosophie zu promoviren, was nach den Bestimmungen der jetzt in Kraft stehenden Facultätstatuten von 1854 nicht zulässig war. Das Hinderniß war namentlich durch §. 68 der Statuten gegeben. Danach hatte der Doctorand, nach Anführung der ihm von dem Universitätssecretär vorgelesenen Gottesdienst, die rechte Hand auf den Rectoratstisch legen, die Worte auszusprechen: so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium, eine Gottesbeschwörung, welche natürlich nur ein Christ auszusprechen kann. Dies ist nun abgeändert.

Die „Sta. J.“ theilt folgenden, den Behörden zugefertigten Staatsministerialbeschlusses vom 31. December v. J. mit:

„In dem durch Staatsministerialbeschlusse vom 1. September 1853 auf Grund der allerböchsten Cabinetordre vom 27. April 1853 angeordneten Verfahren bei Abrechnung und Abrechnungserklärungen von Beamten, welche sich in den Jahren 1850 und 1851 in die polnische Provinzen begeben, ist eine Veränderung durch den allerböchsten Erlass vom 14. Januar 1854 insoweit gemacht worden, daß in demselben Fällen, wo solchen Beamten bezüglich die nach ihrem Dienstauftrage zu leistenden Leistungen nicht mehr festzusetzen, sondern die Abrechnungserklärung nicht mehr festzusetzen, und die Abrechnungserklärung der Oberrechnungsstellen allen diesen abzugeben ist, ob die betreffenden Beamten aus dem Bereich ihrer Beförderung seit jenen Jahren wirklich nie außerordentlich unterbrochen geblieben und zu keinen Aufstellungen Veranlassung gegeben haben. Das Staatsministerium selbst ist demnach, daß von jetzt an alle Beamten nach dem Dienstauftrage geübten ständigen Aufträgen, deren Bemessung zu den erforderlichen Leistungen der Provinzialbehörden gehört, ohne weitere Besondere Anweisung sich nicht zu verhalten. Die einzeln im Departement nachzuverfolgen, jeter in seinem Bereich, die betreffenden Provinzialbehörden mit der erforderlichen Anweisung versehen. So dem Ende ist jedem Departement die Beschriftung des gegenwärtigen Beschlusses mitzutheilen.“

München, 1. Februar. (N. Z.) Die Uniformirungsfrage in unserer Armee ist nun durch k. k. Ueberschließung vom 4. Januar, wie sie sich im neuen Militärverordnungsblatt findet, definitiv entschieden. Bei der Festlegung wird der Woffrock künftig im Schnitt bei allen Abtheilungen des Heeres von Halb, Brust und Leib, dann an den Armen ganz weit gehalten sein, so daß die Beweglichkeit, Gesundheit und Bequemlichkeit des Mannes in keiner Weise behindert ist. Jede Wattung des Rockes ist ferner ausdrücklich unterstellt. Dann muß die Hose vom Knie aufwärts nach dem Waffer weit und so geschnitten werden, daß weder Schritt noch Sitz gehindert wird, an jeder Seite eine Tasche. Der Mantel für die nichtberittenen Mannschaften ist ebenfalls im Schnitt weit zu halten, nach dem Waffer, das eben so die Bequemlichkeit als Zweckmäßigkeit dieses notwendigen Uniformtheils im Auge hat. Dem Vernehmen nach sind auch ferner noch Verordnungen hinsichtlich der Adjutanten unserer Heeres zu erwarten. Ueberhaupt herrscht in unserer Kriegsverwaltung allseitige Thätigkeit.

Aus Thüringen, 3. Februar. Die neuerdings wiederholt ausgesprochene Vermuthung, daß dem k. k. Ueberschließung der Bundesversammlung sollte wegen des getrigen k. k. Ueberschließung, Maria Theresia“ erst heute gehalten werden, ist heute als jehet nicht, weil auch glaubwürdigen Vernehmen einer der, für eine der geübtesten Angelegenheiten niedergelegten Rückschlüsse sich noch nicht in der Lage befand, seinen Bericht für heute abzuschießen.

Dom Rain, 2. Februar. (Fr. Jg.) Die in der Bundesversammlung vom 26. v. M. von dem österreichischen Bundesdeputirten gegebene Interpellation des auf die R. k. Ueberschließung Frage bezüglichen Antrages des Militärdeputirten lautet dahin: „Bisshin steht sich veranlaßt zu bemerken, daß der von dem Ausschusse in Militärangelegenheiten gegebene Antrag, welcher heute zur Abstimmung zu bringen ist, mit dem von der königlich preussischen Regierung geäußerten Wünsche, von einer eingehenden Behandlung der angelegten Frage zur Zeit noch abzusehen, im Einklange steht, indem durch diesen Antrag nur die Einleitung vorbereitender Erörterungen von Seiten der königlich preussischen Regierung in Gemeinschaft mit den zunächst beteiligten Regierungen der Ueberrhein besetzt wird, und nach der eben vernommenen Erklärung die königlich preussische Regierung die Ueberschließung einer Verhandlung zwischen diesen Staaten auch zunächst für wünschenswert erachtet.“

Paris, 1. Februar. Der Gang der Ereignisse ist ein wenig erfrischend. Die Regierung scheint der Union einen ernstlichen Widerstand nicht entgegen setzen zu wollen, obwohl sie sich förmlich die Befähigung eines Actes verheißt, der gut schimmende Beweisklagen für Europa nach sich ziehen kann. Man hat die Grinsen eines geheimen Vertrags vermuthet. Das mag zu beweisen sein. Ungeachtet aber erscheint, daß man den tatsächlichen Weg der Revolution zu beschreiten im Begriff steht. Graf Courvoisier, von dem Manne die Ueberschließung einer verhältnismäßig conservativen Partei erhebt, geht mit Unentschiedenheit in der entgegengekehrten Richtung vor. Man sagt, die Ueberschließung Mittelstaatsen würde sich jetzt glücken! Sind aber die angelegten Beweisklagen zuverläßig? — Freidrucke, die mehrheitlich entgegengesetzt entkommen, Journale, von denen man mit Grund behaupten kann, daß sie erfauft sind? Ein paar große englische Blätter, von denen man es kaum glauben sollte, haben, so wie wir erzählt, befondere Spalten für gewisse Leute zur beliebigen Auffüllung reservirt. Bei der Regulierung der Kosten der Mission des in London verweilenden Marschalls Bialice soll sich eine Ausgabe von 300,000 Francs für Londoner und Pariser Zeitungen herausgestellt haben. In Öhren des Redacteurs des „Siecle“, Herrn Darin, der angeblich schon manche schöne Subscriptions von Patrioten erhalten hat, sollte eine Subscription eröffnet werden, und da diese nicht in Gang kommen wollte, so wird, wie es heißt, Baron Nicols auf einen angemessenen Ersatz bedacht

18. Ja. 18. ist nicht schämlich und mit der Unabhängigkeit der Welt. Von einem Correspondenten eines belgischen Blattes werden mir folgende Geschichten erzählt, auf die zurückzukommen ich nicht habe. Wieder Gelegenheit finden werden. Und es ist nicht die Behauptung, es würden in diesem Augenblicke Verhandlungen nach Italien abgeschickt. Stets noch gegenwärtig noch 60,000 Mann von unsern Truppen dort. Diese Zahl würde im Fall einer eintretenden Vermählung für die erste wohl ausreichen. In Rom sollen neue Ordnungen gemacht worden sein. Es soll sich darum gehandelt haben, ob der heilige Stuhl das Recht zu erlangen, einen Erzbischof für die Deputation zu ernennen. Die Concilien des Papstes deuten freilich auf keine sehr verlässliche Stimmung und mag andererseits hier um so größerer Mißtrauen erregt haben, als selbst der Erzbischof von Paris erklärt haben soll, er würde, obwohl mit größtem Bedauern, schließlich doch dem Kaiser gegen den Papst den Vorrang einräumen müssen. Die neuen Auszeichnungen und Ehrenämter, die ihm von anderer Seite her zu Theil geworden, würde er auf den letzten Platz in die Hände zu übergeben, als denen er sie erhalten. Die Journale sollen jede weitere Politik über die päpstliche Concilien unterlassen, um nicht die Wirkung derselben noch zu steigern. (Dagegen wird von den Blättern die Verlesung in den Kirchen angeordnet.) Eine gleiche Behandlung sollen sich die Journale vorbehalten, wenn sie auf den Handelsvertrag mit England und auf die verschiedenen dadurch angeregten politischen Fragen zu sprechen kommen. Die Presse ist besonders dadurch in Schrecken gesetzt, daß man das Gerücht ausgebreitet hat, die von der Regierung beabsichtigten Reformen würden nicht über die angestrebten Maßregeln hinausgehen. — So heißt es unter Anderem, man denke daran, sämtliche französische Kohlenwerke durch das Finanzministerium anzukaufen oder gar in öffentlichem Interesse expropriieren zu lassen, weil man dadurch gleichzeitig die Emancipation des Staatsbedarfs von den Kohlenpreisen und die Möglichkeit billigerer Lieferung an die Provinzen zu erzielen gäube. Die Reformen würden in dreiprocentiger Rente zu einem noch zu verhandelnden Preise einschätzbar werden. Dieses ganzliche Project verdient eine besondere Erwähnung. Ich behalte mir vor, darauf zurückzukommen, wenn dies Gerücht mehr Bestand gewinnen sollte. — Die Liquidation an der Börse war sehr schlecht. Natürlich die jüngsten Ereignisse haben so viele Schwankungen herbeigeführt, daß man sich auf vielerlei Gefahr machen mußte. Das Barquet soll bedeutende Einbußen erlitten. — Es hat sich das Gerücht verbreitet, die von Algerien zurückgekehrt, jetzt vor Tunis liegende Flotte habe Befehl erhalten, mit der englischen vereinigt nach Neapel zu feuern. Es ist nicht wahr, oder doch wenigstens heute nicht mehr wahr. — Die elegante Welt giebt diesmal wenig Besuche. Ein Ball bei Frau v. D. soll wenig besucht gewesen sein. Man sagt, Einträge würden durch Bekanntheit über die Lage des Papstes zurückgehalten. Die Wahrheit ist aber wohl die: man will sparen. Da auch der Hof wegen des Todes der Oberherzogin Stephanie die feste eingestellt hat, so ist dieser Carneval einer der stillsten geworden, deren man sich erinnern kann.

Paris, 2. Februar. Der heutige „Moniteur“ enthält einen ungewöhnlichen ministeriellen Bericht nebst Kaiserlichem Decret über die Verwaltung der Ministerien. — Die von einem englischen Blatte verbreiteten denuntzierten Nachrichten über die Zustände in Rom. Galedonien werden von Paris als demontirt. — Die in englischen Blättern enthaltene Nachricht von einem neuen Siege der Franzosen über die Cochinchinesen ist dem „Moniteur de l'Armée“ zufolge unbegründet. Seit dem 13. Novbr. ist der Kampf nicht erneuert worden. — Lord Cowley soll gestern, so schreibt man dem „S. P.“, eine Note seines Ministeriums überreicht haben, die gegen die Annexion sich erkläre. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen Bericht von sämtlichen Eisenbahnen über ihre Transportverhältnisse verlangt. Der Correspondent des genannten Blattes schließt daraus auf baldige Modificationen dieser Tabelle.

Turin, 31. Januar. (S. P.) Wie man mir aus guter Quelle meldet, hat der französische Gesandte, Herr v. Talleyrand, während der Aufzucht bekommen, sich offiziell in einer Verdächtigungsnote beim Grafen Casanova zu beschweren, was dann auch morgen oder übermorgen geschehen dürfte. Die französische Regierung verlangt, daß man der Willensäußerung der Bevölkerung von Savoyen ihre volle Freiheit lasse. Es scheint wirklich, daß trotz früherer Verbindungen und Abmachungen, deren Vorhandensein ich verbergen darf, Sardinen sich auf keine Unterthänigkeit einlassen will, so lange die mittelitalienische Frage nicht gelöst ist. Die Sache ist nämlich die, daß die Vereinbartheit auf Grundlage des Programms geschah, mit welchem der Kaiser in den italienischen Krieg gezogen war. Mit Villafranca zerfiel diese in nichts. Marquis d'Azeglio soll nun in diesem Sinne verständig in London gegen den Anschluß von Savoyen arbeiten. Die amtliche französische Zeitung arbeitet mit Beharrlichkeit der Annexion entgegen. Was die mittelitalienischen Annexionen anbetrifft, so liegt uns jetzt der Tagesbefehl des Generals Fanti vor, worin er den Truppen der Liga seine Ernennung zum sardinischen Kriegsminister anzeigt und ihnen bemerkt, „der König habe ihm diesen hohen Posten anvertraut, ihn jedoch an der Spitze des Ligaherzogs zu lassen, so daß er, Fanti, daselbst ost besuchen werde; in seiner Abwesenheit übergebe er das

Commando erfahren und thätigen Führern; er rechne zur Ehre der Befehle darauf, daß das Ligaherzogs einen starken und kriegerischen Heer durch Disziplin und Muth überwinden werde.“ — **Genoa, 1. Februar.** „Sardinien, Kastell und Ausdauer“ schließt seinen Tagesbericht, „selbst Vertrauen auf die Zukunft Italiens, Liebe und Treue gegen den hochherzigen Victor Emanuel, unsern König und Kriegsherrn!“

Das sardinische Amtsblatt veröffentlicht ein Königl. Decret, das vom 13. November v. J. datirt ist und wodurch für Befestigungen und militärische Bauten an der neuen Grenze des Staates 40 Millionen Fr. angewiesen werden. — Das Amtsblatt enthält ferner die Decrete, welche die Einschreibung einer Rente von 9,162,458 Lira für das an Frankreich zu zahlende Capital von 160 Mill. L., ferner einer solchen von 6,101,790 L. für das letzte Anleihen von 100 Mill. L. in die Schuldbücher des Staates anordnet. — Der Marschall Bepoli wird sich, wie schon gemeldet, von Paris aus wahrscheinlich nach Berlin begeben, um seinen Schwager, den preussischen Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenhausen (desen Schwester Friederike Wilhelmine mit dem Marschall Bepoli verheiratet ist) zu besuchen.

Mailand, 1. Februar. (S. P.) Von Seite der kaiserlichen Censur sind für die politischen Emigranten Vorschriften über die Legitimation ihres Aufenthalts erlassen, nach welchen Damentourneurs mit Arzney und Landesverweisung bestraft werden. — Laut königl. Decret wurde der ehemalige Ministerpräsident, Generalleutnant Lamarmora, sowie der Generalmajor Gaspare Votro, dessen Commission als Generalleutnant im Kriegsministerium ausgenommen wurde, in Dispositionibilität versetzt; für die Functionen des letztern wurde der General Cavaliere Alliani bestimmt.

Madrid, 30. Januar. (S. P.) Wie man der „Ar. Ag.“: Rio, selbst vor Beginn des letzten Krieges, wurden die Küstungen Piemonts mit solchem Eifer, mit so sicherer Hand betrieben, wie jetzt. Die Lombardie ist wirklich in ein Feldlager verwandelt und die Zahl der ab- und zuziehenden Truppen läßt auf die baldige Wiederannahme des Krieges schließen. Garibaldi reist in der Lombardie von einem Ort zum andern und fordert die Bevölkerung eifrig zu einem Kampfe gegen Oesterreich auf. Weiter werden 2 Valantons Freiwillige aus Neapel und Romagnolen errichtet, welche den Namen Garibaldi's mit dem Jubel della morte führen. Während es ist, daß die piemontesische Regierung die Bildung solcher Eifer zum Krieg gegen Oesterreich auszuheben nicht nur duldet, sondern sogar mit allen Mitteln begünstigt. Die Thätigkeit der von piemontesischen Organen geleiteten Revolutionen- und Emigrationscomitès war nie so groß als eben jetzt, und Emigrationscomitès sind selbst Waffenhandlungen sucht man auf alle Art ins Benehmen zu bringen. Außerdem wird auch die Bildung der regulären Truppen eifrig betrieben, und die ganze piemontesische Armee, mit Zuzug der neuerrichteten Regimenter, wird in kurzen auf vollem Kriegsfuß stehen. Daß ein Angriff auf Oesterreich nahe bevorsteht, dürfte keinen Zweifel unterliegen.

Como, 29. Januar. (S. P.) Dienstag den 24. d. wurde Garibaldi mit der 19jährigen Tochter des Marschall Raimondi in der Privatkapelle der Villa Raimondi in Como getraut. Beide Herrschaften von Graf Beve Lombardenghi, Vetter Silvio Pellico's (padrino), Senge des Verfassungsbüro, Statthalter in Como.

Brüssel, 2. Februar. (S. P.) In der gestrigen Kammerung interpellirte Herr Rodenbach den Minister der auswärtigen Angelegenheiten über die seitens der Regierung getroffenen Maßregeln, um die Interessen des belgischen Handels, soweit dieselben durch den englisch-französischen Vertrag berührt werden, sicher zu stellen. Herr de Stree erwiderte, er wisse wohl, daß ein solcher Vertrag geschlossen sei, keine jedoch dessen Stipulationen nicht besser, als Herr Rodenbach; außerdem sehe man aber noch in Unterhandlung mit Paris. Widdow stellt Graf v. Thour eine ähnliche Anfrage in Bezug auf die zwischen Frankreich und Preußen stehenden Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages. Herr de Stree erwiderte sehr einfach, er habe auf diese Interpellationen nicht zu erwidern.

London, 1. Februar. In der gestrigen Unterhausung erwiderte auf Sir A. Layard's Interpellation in Sachen Maria Celestane's, eines britischen Unterthanen, der in Spanien wegen des Verfalls spanischer Bibeln zu 9 Jahren Kerker verurtheilt wurde, der auswärtige Minister Lord J. Russell: Wie glänzend nach Allem, was wir in Erfahrung gebracht haben, daß der britische Consul in Cadix nicht die Macht hatte, den Escalante aus dem Gefängnis zu befreien oder seinen Proceß zu beschleunigen. Er wandte sich wiederholt an den spanischen Minister in Madrid, und dieser entgegnete, daß Escalante das Landgesetzbuch übertritten habe und wie jeder andere Verbreiter behandelt werde. Es ist wahr, daß Escalante 7 Monate in Untersuchung schmachtete und nachher zu 9 Jahren Kerker verurtheilt worden ist. Der britische Gesandte hat sich für ihn bei der spanischen Regierung verwendet, und wir haben Grund zu glauben, daß er sehr bald ganz in Freiheit gesetzt werden wird. — Mr. Scherfield erhielt die Bewilligung, eine Bill gegen die Verlesung von Speisen und Getränken einzubringen.

London, 2. Februar. (Hamb. Nachr.) „Daily News“ meint, der Verlust Savoyens wäre bedeutungsvoll für Italien, der Verlust Sizilien dagegen belanglos.

Die Königin wird nächsten sämtliche Offiziere der Freiwilligencompagnie empfangen. — **Kopenhagen, 31. Januar.** (Dobl.) Gestern Abend wurde in der Bürgerrepräsentantensammlung nach einer langen und lebhaften Debatte folgender, vom Großherzog Adler gestellter Beschluß einstimmig angenommen: „Da die jüngsten Begebenheiten hier in der Stadt es einleuchtend gemacht, daß eine vollständige Reorganisation der Polizei dringend notwendig sei, und da man ausgeben annehmen muß, daß es jetzt auch der Regierung klar ist, wie wichtig eine gründliche Reorganisation der Polizei für den Staat sei, daß sie folglich jetzt eher dafür gestimmt ist, ihrerseits die nötigen Summebeizutragen, — so beschließt die Versammlung, durch den Magistrat darauf anzutragen, daß die Reorganisation der Polizei mit der möglichsten Schnelligkeit betrieben wird.“

Hamburg, 30. Januar. (Hamb. S.) Der Minister für Schleswig, Baron Blixen-Finecke, verließ gestern Nachmittag unsere Stadt, um sich über Kiel nach der Hauptstadt zurückzubewegen. (Er ist bereits daselbst eingetroffen.) Am Vormittage hatte er noch verschiedene Behörden und Privatpersonen Audienz gegeben. Auf dem am Montage vorgenommenen Aufzuge nach Angeln soll der Minister die Schulen in Satrup, Haldup und Runtbrarup besucht, sowie auch das Schloß Glücksburg in Augenschein genommen haben.

— 1. Febr. (S. P.) In der heutigen Sitzung der Ständeverammlung motivirte der Herr v. Namohr seinen Antrag wegen Eingabe einer Adresse an den König, in Veranlassung der vorerwähnten Lage der öffentlichen und politischen Verhältnisse des Landes. Der Antrag wurde von königlicher Seite lebhaft beklagt, erfuhr jedoch von Seiten des königlichen Commissars keinen Widerspruch. Die Bewilligung an die Comités erfolgte mit 29 (darunter 1 Däne) gegen 13 Stimmen. — Specialisation über den eventuellen Inhalt der Adresse tendirte im Laufe der Verhandlungen nicht hervorgehoben. Auf der Tagesordnung folgte darauf ein Antrag von den Mitgliedern der königlichen Minorität, Lauritz Stau, Krüger-Bestier und Gouffier, betreffend die Aufhebung der verfassungsmäßigen Gemeindefürsorge der Feuerversicherungsvereine zwischen den Herzogthümern Schleswig und Holstein, welche zu einer ziemlich ansehnlichen Debatte Veranlassung gab, worauf die Vertagung desselben mit 25 gegen 15 Stimmen erfolgte.

Konstantinopel, 28. Januar. Das „Journal de Constantinople“ glaubt annehmen zu dürfen, daß Deficit weder jetzt unbedeutend sein. Ismail Pascha, Gouverneur von Saloniki, ist nach Areta, Hussein Pascha von Areta nach Saloniki versetzt worden. — Graf Falkenau ist in Konstantinopel angekommen.

Athen, 28. Januar. Konstantin ist zum Minister des Innern, Kultusminister Jannis preiswürdig zum Minister des Reichs ernannt worden.

Osindien. Dem teleg. Bureau von Keuter sind Nachrichten aus Kalkutta vom 10. Januar zugegangen. Für die hiesige Expedition sind von Indien aus bestimmt das 6., 8., 31., 44., 56., 60., 66., 67. und 75. königl. Infanterieregiment, das 1. Dragonerregiment und das 8. einjährige Regiment. Den Generalstab werden die Generale Hege Grant und Napier bilden.

Ernennungen, Versetzungen u. III öffentlichen Dienste.
Departement des Innern.
1) Bei der Polizeidirection zu Dresden wurden ange stellt: Karl Ernst Wulfschmidt, zeitlicher Höfmeister im Finanzdepartement der Polizeidirection, als Polizeioberst; Johann Karl Vietzschmann, zeitlicher Sergeant, Michael Buder, zeitlicher Oberstallmeister; Karl Heinrich August Brunner und Andreas Jelle, zeitliche Sergeanten und Albert Theodor Kind, zeitlicher Oberjäger, als Stabsbedienten.
2) Bei der Landgendarmarie wurden versetzt: Die Landgendarmarie Johann Heinrich Robert Schneider von Ruyshen nach Altdorf; Ernst Friedrich Schöne von Altdorf nach Ruyshen; Karl August Heber von Radeburg nach Ruyshen; Karl Heinrich Wilhelm Christoph von Hainichen nach Radeburg und Edward Ernst Precher von Pottschappel nach Hainichen.

Departement des Cultus und öffentl. Unterrichts.
Erledigt ist die Kirchschullehre zu Gölln (Weißn.) durch Emeritierung, Coll.: das königliche Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts; die Kirchschullehre zu Niederbau (Weißn.), Coll.: für dieselbe das königliche Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts; die Kirchschullehre zu St. Augustinen in Rochlitz mit Collabentur an der ersten Bürger Schule daselbst, Coll.: der Stadttheater zu Rochlitz; die Schullehre zu Thienendorf (Großschön), Coll.: die Schulgemeinde zu Thienendorf; die Schullehre zu Rippdorf (Dippoldswalde), Coll.: das königliche Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts; die Hülfskirchschullehre zu Weigmannsdorf (Freiberg) durch Emeritierung, Coll.: das königliche Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

Dresdner Nachrichten
vom 4. Februar.
1) Se. Majestät der König und Ihre Majestät die Königin nebst den königlichen Prinzen, Se. Königl. Hoheit der Kronprinz und Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Großherzogin-Witwe von Toscana besuchten heute Mittag

das von Leven u. Sohn auf der Brühl'schen Terrasse ausgestellte zoologische Cabinet mit Ihrem Besuche und gaben zu wiederholten Malen Ihren Beifall hinsichtlich der Naturtreue und Lebensgröße dieser schönen Gruppen zu erkennen.

— Dem morgen (Sonntag) an werden im Saale des kaiserlichen Kunstvereins auf der Brühl'schen Terrasse (geöffnet von 11 bis 3 Uhr) neu angeheilt sein: 2 Kinderportraits, Delgemälde von W. Juncker. Entsendende Kinder im Walde, delgl. von Walther. Hilselung, delgl. von J. Dalm. Familienbild, delgl. von demselben. Drei Landschaften, delgl. von J. Stank. Ein Blumenstück, delgl. von demselben. Sechs Bouquetgemälde, von demselben. Eine Anzahl Zeichnungen und Entwürfe von Bruno Wieße (Waldauer, 7 1859.)

— Dem Sommer's Kunsttheater im Gewandhause, welches trotz des gegenwärtigen Zusammenflusses von Schauspielern bei der Mannichfaltigkeit seines Programms unter Großen und Kleinen ein Publikum gefunden und namentlich von den Letztern viel Beifall geerntet hat, bleibt nur noch kurze Zeit geöffnet (vgl. d. 3. Nr.).

Provinzialnachrichten.

— **Jittau, 1. Februar.** Der Haushaltsplan der Stadt Jittau, welcher seit einigen Jahren veröffentlicht zu werden pflegt, ist für das Jahr 1860 sowohl in Einnahmen als in Ausgaben auf die Summe von 126,317 Thaler festgestellt worden. Unter den Einnahmen bilden die von den unbemittelten Gütern den bedeutendsten Posten, nämlich zusammen 66,939 Thlr., wovon allein auf die Fortsetzung incl. Jagd und Steinbrüche 47,379 Thaler kommen. Dagegen belaufen sich die Kosten für die Fortwahrung incl. Grundsteuer für die hiesigen 26,809 Thlr. für Armenversorgung sind 10,976 Thaler, für Schulen 15,889 Thlr., für Bewal-tung, Kanäle, Kasse, Reisanwand, Stadtrepresentantion zusammen 16,084 Thlr., für Baufoten 15,362 Thlr. angelegt. Was Alles aber ergibt sich, daß die Finanzen unserer Stadt wohl bestellt und vor Allen vorzüglich verwaltet sind, so daß auch in diesem Jahre eben so wenig, wie in dem verwichenen, irgend welche Communalanlagen von den Bewohnern der Stadt erhoben zu werden brauchen.

Vermischtes.

* Eine der vornehmsten Damen in Neapel, die Herzogin von Sta. A., hat infolge von Zwistigkeiten mit ihrem Gemahl ihre Wohnung verlassen und sich in das Hotel der englischen Gesandtschaft gelassen. Dagegen die Dame eine Engländerin ist, wird der Besuche ihrem Gemahl doch nicht verhindern können, seine Rechte geltend zu machen. Die Geschichte macht großes Aufsehen in Neapel; es handelt sich nicht bloß um Zwistigkeiten zwischen der Herzogin und dem Herzog, sondern auch um ein Duell zwischen diesem und dem ersten englischen Gesandtschaftssecretär William Stuart.

* Einer der besten Diebstähle ist wohl der, welcher vor einigen Nächten in Berlin im Moabitler-Gefängnisse verübt worden. Die Diebe haben aus einem im Strafanstalt belegenem Keller einen im Versteck eingeschlossenen großen Kupferkasten, von ungeheurer Größe, welchen der Dieb selbst mitgeführt und mit der eisernen Feuerkugel gefüllt.

— In Waja in Ungarn soll sich nach dem „S. P.“ zur Unterthänigkeit der belgischen Herrschaft, „Waja Kolyony“ ein sogenannter „Parteiverein“ bilden. Mitglieder dieses Vereins kann jede Waja sein, die 1) auf den „Waja Kolyony“ abrennert, 2) daselbst jedem jungen Manne ihrer Bekanntschaft zur Pflicht macht, 3) die sich verpflichtet, sich an seinen Kopf, seinen Anstand zu wenden, bei keinem Krümer zu kaufen, bei keinem Handwerker arbeiten zu lassen, der den „Waja Kolyony“ nicht hält. Schließlich wird dem Redacteur des von jarter Seite so häufig unterthänigen Blattes zur Pflicht gemacht, die Namen der Pränumeranten abdrucke, damit die Damen wissen, woran sie zu halten; hat das Blatt 400 Pränumeranten erreicht, dann muß es vergrößert und „so interessant als möglich“ gemacht werden.

Statistik und Volkswirtschaft.

Königl. sächsische Erfindungspatente. Auf 6 Jahre ertheilt: Am 31. Januar dem Maschinenbauingenieur Herrn Graf Seibler in Dresden auf eine erfindende Dampfmaschine: am 1. Februar dem Maschinenbauingenieur Herrn Graf Seibler, Herrn Carl Schumann, auf einen verbesserten Apparat zum Heben von Kohlen in Schornsteinen des Herrn Schaffer und H. v. d. Berg, Hofbauingenieur von Maschinen- und Dampfmaschinenbau in Dresden bei Anwendung auf eine Einrichtung zur selbstthätigen Bewegung von Dampfmaschinen auf sehr kleiner Achse.

Leipzig, 31. Januar. (S. P.) Welche sind eine Generalrevision der Verordnungen der deutschen Reichsblätter in Hannover (Buchdruckereien) seit deren Verhandlungen unter anderem die Frage hervorgeht: ob es nöthig ist, daß der sächsisch-französische Vertrag über das geistliche Eigentum an Kirchen der Kunst der Literatur nach Absatz der ihm ursprünglicher jährl. Dotation nicht mehr übertrifft. Ein ähnlicher Vorbehalt sollte einem dinstägigen Verordnungsantrag und gab darauf zu einer interessanten Debatte Anlaß. Die Verlesung beschloß, dem Antrag beizustimmen, jedoch das Organ der Verlesung, die Buchdruckereien, die Anzeigengattung unterliegen und geeignetenfalls abzumachen Schritte dem Königl. Ministerium thun sollte. Die Deputation ging sofort auf das Ministerium des Innern ein und consistirte sich in eine Commission zur Beratung und Ausarbeitung einer Denkschrift über die Frage, indem sie sich durch Cooperation von sechs Mitgliedern der Versammlung erklärte.
Hofmärkte. In Rochitz: am 28. Februar. — In Großschönau: am 3. März.

Bekanntmachung.

Die 3. Classe der 57. Königlich sächsischen Landes-Lotterie wird den 20. Februar d. J. gezogen.
Die Erneuerung der Loose ist daher nach §. 6 der dem Blatte zu dieser Lotterie angefügten allgemeinen Bestimmungen, längstens bis zum Sten Tage vor der Ziehung, nämlich bis zum 12. Februar d. J. zu bewirken.
Hätte aber ein Interessent hieran sich veräußert, oder könnte er bis zu dieser Zeit kein Loos von dem Collecteur, von welchem solches ursprünglich genommen worden, nicht erhalten, so hat derselbe, nach Maßgabe der ausgedruckten §. 5. der dem Blatte beigefügten, bei Verlust aller Ansprüche an das gespielte Loos, entweder an den auf dem Loose bemerzten Haupt-Collecteur, oder an die Königl. Lotterie-Direction noch vor Ablauf des 16. Februar d. J. zu wenden.
Hierbei wird übrigens zur Sicherstellung des Publicums wiederholt aufmerksam gemacht, daß zur die bestellten Haupt-Collecteurs, und die, mit besondern von der Lotterie-Direction ausgewählten Verkaufsstellen versehenen Unter-Collecteurs zum Verkauf von Loose der Landes-Lotterie beauftragt und beauftragt sind, sich gegen alle Verkäufe, denen sie Loose ablassen, auf Verlangen, durch Vorgeigung des Verkaufszeichens als concessionsfreie Unter-Collecteurs zu legitimieren, auch die auszugebenden Loose mit ihrem Namen, unter Beifügung ihres Wohnorts, zu unterzeichnen.
Leipzig, den 1. Februar 1860.

Königliche Lotterie-Direction.
Rathsch.

Räucher-Essenzen, Räucher-Pulver, Räucher-Essig, Räucher-Papier und Räucher-Kerzen, Alles in feinsten Qualität, empfiehlt billigst

Julius Schoenert,
Dresden, Marienstr. Nr. 1, zunächst der Post.
Das Bureau der „Saronia“ (Redacteur Schanz, Dresden, Schloßstr. 22, 1.) nimmt Inserate für alle in- und ausländischen Blätter an.

Ostindische und Chineseische seidene Taschentücher, schwarze und bunte seidene Halbtücher, dergl. ältere zu ganz billigen Preisen bei

E. B. Fröling, Schloßstraße 23.
Bestellungen auf weibliche Arbeiten werden angenommen u. in u. außer dem Hause gut ausgeführt: Josephplatz, 21, im Keller: 1. 2. Tr. rechts.

Vorträge in der Aula der Königl. polytechnischen Schule
zum Besten des für Schüler gegründeten Reisestipendienfonds

Montag am 6. Februar Abends 7 Uhr:
Herr Professor Dr. Lösche: Ueber die Wirkungen der Magnete in die Fernen. (Mit Versuchen.)

Zutrittskarten für einzelne Vorträge zu 15 Ngr. sind bei dem Hausmeister der polytechnischen Schule zu erhalten.

Einladung.

Das Königl. stenographische Institut wird mit den Theilnehmern an seinen erweiterten Sitzungen Gabelberger's Geburtstags durch einen öffentlichen Actus und ein darauffolgendes Festmahl Donnerstag den 9. Februar 1860, Abends 7 Uhr, im Hotel de Polono begeben. Hierfür wie auswärtige Kunstgenossen und Freunde der Stenographie werden durch zur Theilnahme an dieser Feier freundlich eingeladen und, sofern sie sich an dem Festmahl, für welches das Gewert 20 Ngr. beträgt, betheiligen wollen, gebeten, ihre Anmeldung bis Montag den 6. Februar an die Redaction des Correspondenzblattes des stenographischen Instituts oder an Herrn Kaufmann Hünfel, Waldstr. Nr. 47, gesälligst gelangen zu lassen.

Dresden, den 31. Januar 1860.
Das Königl. stenographische Institut.

